

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Ercheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet wochentägig ins Haus 1,25 Blotn. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

**Einzig älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.**

Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtspaltige Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärts je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

**Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2**  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 121 Freitag, den 5. August 1927 45. Jahrgang

## Condons Furcht vor Amerika

Einberufung des Kabinettsrats — Schwache Aussichten auf Verhandlungen — Japans Vermittlungsvorschläge

London. Im Foreign Office fand gestern unter Chamberlains Vorsitz eine in aller Eile zusammenberufene Kabinettsitzung statt, da inzwischen ein bedeutendes Telegramm aus Genf eingetroffen war. Dieses Telegramm soll sich auf den in letzter Stunde unterbreiteten japanischen Vermittlungsvorschlag bezogen haben. Über das Ergebnis der Kabinettsitzung, wie über die neuen Seeabrüstungsvorschläge Japans wird offiziell strengstens Stillschweigen bewahrt.

Von privater Seite verläutet, daß der japanische Vorschlag bis zum Jahre 1931 alle Flottenneubauten einschließt.

Nach Washingtoner Meldungen steht die amerikanische Regierung den japanischen Vorschlag als eine, wenn auch nur schwache Verhandlungsbasis an.

### Der japanische Vorschlag

Genf. Die japanischen Vermittlungsvorschläge bilden gegenwärtig den Gegenstand eingehender Besprechungen zwischen den Delegationsführern. Über den Inhalt der Vorschläge wird strengstes Stillschweigen bewahrt, bis die Verhandlungen zum Abschluß gelangt sind. Allgemein wird angenommen, daß die Vorschläge ein Kompromiß zwischen dem englischen und amerikanischen Abrüstungsprogramm darstellen. Nach hier vorliegenden Meldungen aus

Washington haben die amerikanischen Delegierten gestern neue Instruktionen von Coolidge erhalten. Man nimmt hier an, daß in maßgebenden Washingtoner Kreisen ein gewisser Umschwung eingetreten ist, wobei man auf die großen demokratischen Blätter Amerikas hinweist, die einen Abbruch der Konferenz als große Gefahr für die englisch-amerikanischen Verhandlungen darstellen. Für die morgige Vollziehung am Nachmittag sind noch keinerlei Vorbereitungen getroffen, so daß es vorläufig ungeklärt ist, ob die Vollziehung morgen überhaupt stattfindet.

### Die letzten Belebungsversuche

Genf. Die Unterredung zwischen den maßgebenden Führern der drei Delegationen der Seeabrüstungskonferenz die heute um 22 Uhr begann, dauerte bis nach 24 Uhr. Nach Schluß der Sitzung wurde noch den Teilnehmern mitgeteilt, daß auf Grund einer besonderen Vereinbarung keine näheren Mitteilungen über den Inhalt der heutigen Unterredung gemacht werden könnten. Es wurde jedoch mitgeteilt, daß lediglich das Programm der morgigen Vollziehung der Konferenz zur Verhandlung gelangt sei. Die Vollziehung wird morgen um 15 Uhr stattfinden.

In Konferenzkreisen ist man auf Grund der heutigen Unterredung der Delegationsführer übereinstimmend der Ansicht, daß nunmehr der Abbruch der Konferenz als bevorstehend anzusehen ist.

### Reden und Taten

Während unsere Abgeordneten lebhaft bemüht sind, eine Einigung darüber herbeizuführen, wann sie dem Staatspräsidenten ihren Antrag auf Einberufung einer Sejmession unterbreiten sollen, ist Marschall Piłsudski von seiner Winaer Reise zurückgekehrt, der man eine hochpolitische Bedeutung beimißt. Der Staatspräsident weilte um die gleiche Zeit in einer Reihe von Ortschaften in Pommerellen und hielt dort bedeutende Reden, die aber beweisen, daß man sich noch nicht ganz der Zukunft sicher ist. Innerhalb der dortigen Bevölkerung macht sich seit einiger Zeit eine Strömung geltend, als wenn man in Warschau die Absicht hätte, das Posen-Pommerellenische Gebiet einmal als Tauschobjekt zu benutzen. Die Bevölkerung versicherte bei dieser Gelegenheit dem Staatspräsidenten, daß man sich aufrichtig freue, daß die Vereinigung und die kulturelle Anpassung an das Gesamtgebiet gute Fortschritte machen und daß das Land bald ein Gebiet bilden werde. Diese Versicherung ist gerade seitens der dortigen Behörden durchaus verständlich; waren doch nach dem Maiumsturz dort Kreise am Werk, die gegen Warschau den Vorwurf erhoben, daß es nichts für Posen übrig habe und Herr Dmowski organisierte von dort aus den Kampf gegen Warschau mit seinen Generalen, die sich aber später doch eines besseren belehren ließen. Und zum Trost stellte die Nationaldemokratie den Wojewoden von Posen als Staatspräsidentenkandidaten auf, um zu beweisen, daß in Posen und Pommerellen ein anderer Geist weht, als man dies in Warschau annimmt. Dieser Umstand war insofern von Bedeutung, als eine Reihe von Kommunalwahlen gerade in diesem Gebiet gezeigt haben, daß die Wirtschaft der Nationaldemokratie sich dem Verfall nähert. Herr Dmowski hat ja seine Gezeiten erst kurz vor dem Besuch des Staatspräsidenten Piłsudski bestätigt, daß das „christliche Volk“ Polens noch heute zu ihm kein Vertrauen habe, weil er angeblich „Antichrist“ sei.

Aber lassen wir diesen fleischlichen Streit beiseite. Die Reihe des Staatspräsidenten bleibt ein Faktor für sich, er hat der Bevölkerung nochmals mit allem Nachdruck versichert, daß Polen nie daran denke, irgendwelche Gebiete als Tauschobjekte zu betrachten. Aber wenn ein solches Symptom auftritt, so muß man auch nach dessen Ursachen suchen und diese sind wohl in der Unzufriedenheit weiter Kreise und zwar durchaus polnischer Elemente zu suchen, die nicht den wirtschaftlichen Aufstieg, sondern den Niedergang der Provinzen sehen. Es wäre verfehlt, dies dem heutigen Regime zuschreiben zu wollen; aber Tatsache bleibt, daß man über den Gang der Entwicklung der Verhältnisse eintäuscht ist, besonders deshalb, weil man allmählich sieht, daß nicht die bodenständigen Elemente den behördlichen Apparat ersetzen, sondern Kräfte aus anderen polnischen Gebieten herangezogen werden, die in ihrer Tätigkeit nicht dem psychologischen Einschlag der Bevölkerung entsprechen. Daß solche Tendenzen nicht geneigt sind, die Angliederung zu beschleunigen, ist verständlich und darum auch die Meinung, daß das letzte Wort über diese Gebiete noch nicht gesprochen ist. Man darf sich über solche Symptome nicht wundern, wenn man eine gewisse Propaganda beobachtet, die von unverantwortlichen polnischen Kreisen bezüglich der Angliederung Ostpreußens an Polen betrieben wird. Wir wissen, daß dies nur chauvinistische Schaumbläse eines ehemaligen polnischen Konfuzius in Königsberg ist, aber amtlich ist man diesen Bestrebungen bisher nicht entgegengetreten und da darf man sich nicht wundern, daß in deutschen nationalen Kreisen im Reich eine Gegenaktion eingeleitet hat, die noch davon träumt, daß man die ehemaligen östlichen Provinzen, die jetzt polnisch sind, wieder als Tauschobjekt in ihrem Bestreben betrachten kann. Nun hat der Staatspräsident gesprochen, aber weit besser wäre es, wenn man sich endlich besinnen wollte, daß dort noch ein anderes Problem zu lösen übrig bleibt, die deutsche Minderheitenfrage, die man bisher immer als eine Nebensache betrachtet hat. Hier haben wir nichts vernommen, wie der Staatspräsident darüber denkt, und es wird wohl nur Zufall sein, daß sie in den offiziellen Reden nicht zum Ausdruck kam, weil der feste und Empfangs doch ein bißchen zu viele waren. Wir hoffen, daß dies der Staatspräsident doch noch gelegentlich nachholt und der deutlichen Minderheit bestätigt, daß Warschau nicht daran vergriffen hat, welche Kulturarbeit das deutsche Element in Posen und Pommerellen geleistet hat, dem überhaupt dieser Aufstieg des Landes zu verdanken ist. Wir hoffen!

## Coolidges Verzicht auf Wiederwahl

Der Eindruck in den Vereinigten Staaten

London. Der Entschluß des Präsidenten Coolidges, bei der nächsten Präsidentschaftswahl nicht mehr zu kandidieren, hat, wie aus New York gemeldet wird, in den Vereinigten Staaten allgemeines Erstaunen erregt. In einigen Kreisen glaubt man jedoch, daß Coolidges sich für die Wahl doch noch aufstellen lassen werde, falls das große Teile der Bevölkerung wünschen sollten. Die Entscheidung des Präsidenten wurde den Pressevertretern auf einem Bogen übermittelt, der in Schreibmaschinenchrift lediglich die Erklärung enthielt: „Ich beabsichtige nicht als Präsident im Jahre 1928 zu kandidieren.“

Der New Yorker Korrespondent der „Daily Mail“ betrachtet das Vorgehen des Präsidenten lediglich als einen politischen Schachzug für die Gewinnung der landwirtschaftlichen Kreise. Coolidges habe sich bisher sorgfältig jeder Äußerung enthalten,

daß er im kommenden Jahre wiederum kandidieren werde. Von politischen Beobachtern wurde erklärt, daß praktisch jede Aktion Coolidges gegenteilige Wünsche erkennen lasse. Andere Berichte bringen die Verzichtserklärung in Zusammenhang mit dem Fehlschlag der Genfer Seeabrüstungskonferenz, seiner zunehmenden Unpopulärkeit unter den Organistoren der republikanischen Partei, Nachlassen der Unterstützung in landwirtschaftlichen Kreisen und der allgemeinen Opposition, die eine Ausübung der Präsidentschaft für eine dritte Wahlperiode in weiten Kreisen findet.

Als voraussichtliche Kandidaten für die Präsidentschaftswahl werden u. a. genannt: Hoover, der Vizepräsident, Davis und Staatssekretär Hughes. Daneben kommen als voraussichtliche Kandidaten noch Nicolaus Longworth und Franc Lowden, der frühere Gouverneur von Illinois in Frage.

### Aufrehr in Weißrußland?

Warschau. In Warschau verstärken sich die Gerüchte von einem Aufrehr in Weißrußland, der sich gegen die Sowjet Herrschaft richtet. Gestern Nacht sollen Aufständische die Garnison in Reudanow überfallen und das 39. Sowjetbataillon gefangen genommen haben. Auch habe Sowjetkommissare sollen den Aufständischen in die Hände gefallen sein.

### Amerikanische Stimme für Rheinlandräumung

Berlin. Wie die Morgenblätter aus New York melden, erklärte der aus Europa zurückgekehrte Präsident der Columbia-Universität, Butler, die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas werde durch einen übertriebenen, fast hysterischen Nationalismus der neu geschaffenen Staaten verzögert. Was die deutsche Ostgrenze und Oesterreich betreffe, so herrschen dort künstliche Verhältnisse, die früher oder später in friedlicher großzügiger Weise geregelt werden müßten. Bei den denkenden Männern aller Länder würden Befürchtungen für die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft der Welt laut, falls die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht geändert oder ergänzt würden. Die fortdauernde Anwesenheit der alliierten Truppen auf dem rechten Rheinufer umgachtet des in vielen Fällen bewiesenen deutschen Entgegenkommens, und der Zusammenarbeit Stresemanns und Briandts müsse den deutschen Extremisten die besten Gründe für ihre Opposition gegen die Versöhnungspolitik geben. Die Beendigung der Besetzung würde einen Gewinn für alle Beteiligten bedeuten.

### Faschistische Früchte

Riclenbetrügereien in einer Versicherungsgesellschaft.

Mailand. Die hiesige Polizei hat zahlreiche groß angelegte Versicherungsbetrügereien aufgedeckt. In den großen Eisenwerken von Sesto San Giovanni in Mailand mehrten sich in der letzten Zeit die Diebstahlsfälle, so daß die betreffende Versicherungsgesellschaft eine Untersuchung einleitete. Dabei stellte es sich heraus, daß es sich fast bei allen in der letzten Zeit vorgekommenen Unfällen um Selbstverlummelungen handelte. Die Polizei hat 12 Personen verhaftet. Der Schaden der Versicherungsgesellschaft übersteigt zwei Millionen Lire. Die Leitung des Instituts lag ganz in Anhängern der Faschisten.

### Das unruhige Lissabon

Paris. Nach einer Spanische Meldung aus Lissabon verurteilten mehrere Individuen, nach Lissabon einen Korb mit Bomben einzuschmuggeln. Die Polizei verhaftete, sie beim Betreten der Stadt zu verhaften, doch flüchteten die Täter unter Zurücklassung des Korbes, der 33 Bomben enthielt.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, herrscht in Portugal eine heftige Erregung, da man eine neue Kabinettsliste befürchtet. Gleichzeitig sind in Oporto in militärischen Kreisen Gerüchte verbreitet, die von einem monarchistischen Staatsstreich wissen wollen. Man nennt als aufstrebenden Ministerpräsidenten den Obersten Vincente Freitas, der als ausgesprochener Monarchist gilt. Eine Erklärung, die General Carmona der Presse abgab, hat wenig zur Beruhigung beigetragen, obgleich Carmona feststellte, daß die Regierung auf alle möglichen Zwischenfälle vorbereitet sei.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß Portugal während der letzten 16 Jahre 17 Revolutionen sah, die letzte im Februar 1927 kostete 200 Menschenleben und mehr als tausend Verwundete.





